

15.11.2024

## Empfehlungen des LIGA FA Migration an die künftige Brandenburger Landesregierung

Federführender Verband 2024/2025  
Der Paritätische,  
Landesverband Brandenburg e.V.

**LIGA**  
**DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE**  
Tornowstraße 48  
14473 Potsdam

**Telefon** 0331 . 284 97 63

**Telefax** 0331 . 284 97 30

**E-Mail** [info@liga-brandenburg.de](mailto:info@liga-brandenburg.de)

**Web** [www.liga-brandenburg.de](http://www.liga-brandenburg.de)



## Sicherung und Förderung von Integrationsarbeit als wichtige Faktoren gelingender Sozialpolitik in Brandenburg

Eine erfolgreiche Integration von Zugewanderten ist ein wesentlicher Faktor für eine positive gesellschaftliche Entwicklung in ganz Brandenburg. Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege – Spitzenverbände im Land Brandenburg – setzt sich dafür ein, dass die zukünftige Landesregierung die Herausforderungen der Zuwanderung aktiv angeht und Integration als Querschnittsthema in allen Bereichen der sozialen Entwicklung berücksichtigt.

Die Wohlfahrtsverbände sind verlässliche Partner\*innen des Landes in der Organisation und der praktischen Umsetzung von Integrations- und Öffnungsmaßnahmen. Sie wirken im Sinne einer offenen und starken Zivilgesellschaft.

Die aktuell durchgeführte Evaluation des Landesaufnahmegesetzes wird wichtige Impulse für diese Entwicklung liefern. Wir Verbände sehen nicht nur den Bedarf einer Novellierung des LAufnG, vielmehr schlagen die LIGA-Verbände die Weiterentwicklung des LAufnG zu einem Landesintegrationsgesetz vor.

## Stärkung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen

Die soziale Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten muss nachhaltig gestärkt werden. Das umfasst die angemessene Berücksichtigung von Zuwanderung und die damit verbundene adäquate Ressourcenzuweisung. Menschen mit Migrationsgeschichte benötigen von Beginn an einen Zugang zu allen sozialen Diensten, wie Kitas, Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe, Beratungsstellen und dem Arbeitsmarkt, um eine gelungene Integration von Anfang an sicherzustellen.

Es sollten Initiativen gestärkt werden, die sich für die Aufklärung der Zielgruppen, eine bessere Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen Fachbereichen und Rechtskreisen aber auch für eine interkulturelle Öffnung der Gesellschaft einsetzen.

## Sicherstellung einer landesweit vernetzten und pluralistischen Migrations- und Flüchtlingssozialarbeit

Die durch das Land, den Bund und die Europäische Union finanzierten Beratungsstellen und Integrationsprojekte arbeiten vor Ort Hand in Hand und sichern Integration von Personen mit Flucht- und Migrationsgeschichte. Sie werden vor allem durch die Wohlfahrtsverbände umgesetzt und wirken im Sinne einer offenen und starken Zivilgesellschaft.

Um eine landesweite Gestaltung und Steuerung der verschiedenen Integrationsangebote sicher zu stellen, ist es elementar diese in Brandenburg abgestimmt und zukunftsorientiert weiterzuentwickeln. Dazu kann eine konsolidierte Landesstrategie zur Integration einen grundlegenden Beitrag leisten.

Der Koalitionsvertrag sollte die Weiterentwicklung und –Finanzierung der bewährten Beratungsstrukturen sichern, dies sind vor allem:

- Die Migrationssozialarbeit (MSA II),
- Das Integrationsbudget,
- Das Landesprogramm Videodolmetschen
- Die Beratungsstelle bei der Landesintegrationsbeauftragten

Gleichzeitig ist es für den Erhalt dieser landesweiten Netzwerke wichtig, dass die Landesregierung sich für die bundesgeförderten Beratungsangebote einsetzt und diese finanziell und inhaltlich unterstützt. Diese sind vor allem:

- Jugendmigrationsdienste (JMD)
- Migrationsberatung für Erwachsene (MBE)
- Asylverfahrensberatung (AVB)
- Die Psychosozialen Zentren (PSZ) immer weiter und weiter und weiter und weiter und weiter und weiter und weiter und weiter und weiter und weiter und weiter und weiter.

Die Liga ruft die künftige Landesregierung dazu auf, Erlasse und Verwaltungsvorschriften einheitlich und transparent zu gestalten. Sie können nur dann wirken, wenn sie veröffentlicht werden und somit ein gemeinsames Verständnis entwickelt, werden kann. Ermessensspielräume für die Erteilung von Aufenthaltstiteln und Leistungsgewährung sind konsequent zugunsten der Betroffenen anzuwenden, um ihnen eine möglichst schnelle Integration zu ermöglichen.

Erfolgreiche Modellprojekte wie beispielsweise der “Spurwechsel” zur Integration in den Arbeitsmarkt sollen verstetigt werden.

Eine Evaluation der Einführung einer Bezahlkarte nach 12 Monaten sollte die Landesregierung in Auftrag geben.

## Langfristig angelegte Landes- Strategie Wohnen zur Verbesserung der Unterbringung Geflüchteter

Die Aufenthaltsdauer in der Landeserstaufnahmeeinrichtung (EAE) sollte aus Sicht der LIGA grundsätzlich so kurz wie möglich gehalten und auf maximal sechs Monate für alle Geflüchteten begrenzt werden.

Spezielle Bedürfnisse besonders schutzbedürftiger Personen sollen während des gesamten Unterbringungsprozesses berücksichtigt werden. Das bedeutet, dass Qualitätsstandards für die Unterbringung dieser Personen landesweit an allen Stationen umgesetzt und kontinuierlich verbessert werden müssen.

Hierfür ist ein verbessertes Management des Übergangs in die kommunale Unterbringung und in den eigenen Wohnraum erforderlich.

### Junge Zuwander\*innen bedarfsorientiert fördern

Brandenburg muss das Potenzial junger Menschen, die zu uns kommen, nutzen und sie in ihrer schulischen und beruflichen Integration unterstützen.

Die Einhaltung der Schulpflicht durch eine reguläre Beschulung ab dem ersten Tag muss in allen Erstaufnahmeeinrichtungen konsequent umgesetzt werden.

Der Anspruch auf Leistungen der Jugendhilfe gilt bei Bedarf auch für junge Volljährige.

#### **Kontakt**

Peter Botzian

Fachreferat Migration | Integration | Flüchtlinge

[P.Botzian@caritas-berlin.de](mailto:P.Botzian@caritas-berlin.de)